



Bund entlastet Kommunen und stärkt den Ausbau der Kindertagesbetreuung



Bereits in den vergangenen Legislaturperioden hat der Bund Länder und Kommunen umfassend entlastet. So wurde etwa mit der vollständigen Übernahme der laufenden Nettoausgaben für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung bereits ein wesentlicher Beitrag zur Verbesserung der kommunalen Finanzsituation geleistet. Im

Jahr 2014 führt die letzte Stufe der Anhebung der Bundesbeteiligung von 75 Prozent auf 100 Prozent zu einer Entlastung in Höhe von voraussichtlich rund 1,6 Milliarden Euro. Die Entlastung der Kommunen zählt auch weiterhin zu den prioritären Maßnahmen des Bundes. Im Rahmen der Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes sollen die Kommunen im Umfang von 5 Milliarden Euro jährlich von der Eingliederungshilfe entlastet werden. Bereits im Vorgriff darauf wird der Bund in den Jahren 2015 bis 2017 die Kommunen in Höhe von 1 Milliarde Euro pro Jahr entlasten.

Die vorgesehene Entlastung der Kommunen um jährlich 1 Milliarde Euro in den Jahren 2015 bis 2017 erfolgt hälftig durch einen höheren Bundesanteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung und hälftig durch einen höheren Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils an der Umsatzsteuer.

Die Länder und Gemeinden stehen zudem vor großen Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen. Damit sie diese Aufgaben besser bewältigen können, sollen die Länder in der laufenden Legislaturperiode in Höhe von 6 Milliarden Euro entlastet werden.

Mit dem im Bundestag in dieser Woche verabschiedeten Gesetz erfolgt ein Teil der vorgesehenen Entlastung von 6 Milliarden Euro im Zusammenhang mit den Herausforderungen bei der Finanzierung von Kinderkrippen, Kitas, Schulen und Hochschulen. So stockt der Bund das bestehende Sondervermögen „Kinderbetreuungsausbau“ um 550 Millionen Euro auf. Im Mai 2014 wies das Sondervermögen nicht abgeflossene Mittel in Höhe von 450 Millionen Euro auf. Damit steht insgesamt ein Volumen von 1 Milliarde Euro zur Verfügung. Zudem wird zur weiteren Beteiligung des Bundes an den Betriebskosten der Kinderbetreuung der Länderanteil an der Umsatzsteuer zulasten des Bundesanteils in den Jahren 2017 und 2018 um jeweils 100 Millionen Euro erhöht.

Der Bund wird sich darüber hinaus in den nächsten zwei Jahren mit jeweils 500 Millionen Euro bei dem drängenden Problem der Flüchtlingskosten beteiligen und so die Kommunen unterstützen.

Während die rot-grüne Landesregierung in Nordrhein-Westfalen die Kommunen nur unzureichend bei den Aufwendungen für Asylbewerber unterstützt, entlastet der Bund die Kommunen tatsächlich. Die Landesregierung NRW hat bislang im Durchschnitt nur 20 Prozent der Aufwendungen der Kommunen für die Versorgung von Asylbewerbern getragen.

Foto: CDU/CSU- Bundestagsfraktion

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,



nach Vorlage des Gesetzentwurfs zu Änderungen im Wasserhaushaltsgesetz bezüglich Fracking ist die unkonventionelle Erdgasförderung erneut in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt.

In den beiden zurückliegenden Jahren habe ich öffentlich stets meine klar ablehnende Haltung zu Fracking erklärt. Solange Restrisiken für Mensch und Natur verbleiben, halte ich diese Technologie für nicht vertretbar. Es bestehen zudem enorme Wissenslücken. Im vergangenen Jahr konnte ich mit meinen CDU-Kollegen aus dem Münsterland, weiteren westfälischen Kollegen und der bayerischen CSU darauf hinwirken, dass es erst gar nicht zur Vorlage eines entsprechenden Gesetzentwurfes kam. Dem jetzt von den zuständigen Bundesministern Sigmar Gabriel und Dr. Barbara Hendricks vorliegenden Gesetzentwurf kann ich in dieser Form nur ablehnen. Ich habe sozusagen an allen Infoveranstaltungen der letzten zwei Jahre zu diesem Thema hier in Berlin teilgenommen und werde mich so wie bisher auch in der weiteren Erörterung des Gesetzentwurfes einbringen.

Diese und weitere Themen und Termine begleiten meine Arbeit in dieser Woche in Berlin:

- Gespräch mit Abgeordnetenkollegen bei Staatssekretär Enak Ferlemann zum Bahnknotenpunkt Köln
- Treffen mit Dr. Jürgen Grüner von der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Kreis Coesfeld und Karl Schiewerling MdB
- Informationsbesuch der AG Verkehr beim Deutschen Speditions- und Logistikverband
- Diskussionsrunde der AG Kommunalpolitik mit der KfV
- Gespräch mit R. Uwe Pröll vom Behördenspiegel zu ÖPP
- Fraktionsinternes Gruppentreffen zum Thema Suizidbeihilfe
- Informationsgespräch zur Umsatzbesteuerung der interkommunalen Zusammenarbeit
- Treffen mit dem Geschäftsführer des Verbandes deutscher Verkehrsunternehmen Reiner Metz zu ÖPNV
- Treffen mit Europapolitikern

Ich wünsche Ihnen weiterhin eine interessante Lektüre des Newsletters und möchte Sie zudem auf meine Homepage www.cdu-sendker.de hinweisen.

Ihr


Reinhold Sendker MdB



Wir schaffen mehr Flexibilität für Familien bei häuslicher Pflege

Der Deutsche Bundestag hat diese Woche das Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf beschlossen. Dazu erklärt die zuständige Berichterstatterin Astrid Timmermann-Fechter MdB:

„Mit der Weiterentwicklung der Familienpflegezeit verbessern wir das Angebot für alle, die ihre Angehörigen in häuslicher Umgebung pflegen wollen.

Für die Union ist die stärkere Anerkennung und Entlastung derer, die zu Hause die Pflege eines nahen Angehörigen übernehmen, ein zentraler Punkt einer zukunftsgerichteten Familienpolitik. Mit den Ausweitungen und Koppelungen der Rechtsansprüche auf Arbeitszeitreduzierung und den Möglichkeiten der Inanspruchnahme von Darlehen sowohl während der Pflegezeit als auch während der Familienpflegezeit setzen wir neue Standards der Unterstützung. Die zehntägige Erwerbs-Auszeit für die Organisation der Pflege in einer akuten Pflegesituation wird mit einer Lohnersatzleistung gekoppelt. Die bereits bestehenden Möglichkeiten der sechsmonatigen Pflege und der bis zu 24-monatigen Familienpflege werden angepasst und enger zusammengeführt. Auch die Betreuung von pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen in einer Einrichtung über sechs Monate wird kommen. Damit tragen wir der besonders schwierigen Situation pflegebedürftiger Kinder Rechnung. Die weiteren Nachbesserungen der letzten Tage beseitigen unnötige Belastungen für kleinere Unternehmen, deren Arbeitsplätze wir nicht gefährden dürfen. Das verbesserte Familienpflegezeitgesetz ist eine gute Mischung aus Herz und Verstand. Es erreicht viele Menschen, denen die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf bislang sehr schwer fiel.

Ab 1. Januar 2015 haben Angehörige von Pflegebedürftigen nun einen Rechtsanspruch auf Familienpflegezeit. Der Rechtsanspruch besteht gegenüber Arbeitgebern, die mehr als 25 Mitarbeiter haben. Die Angehörigen können bis zu 24 Monate lang ihre Arbeitszeit auf bis zu 15 Wochenstunden reduzieren und ein zinsloses Darlehen zur Bewältigung ihres Lebensunterhalts erhalten. Was uns als CDU/CSU-Bundestagsfraktion in diesem Zusammenhang besonders wichtig war, ist die zuletzt erreichte Klarstellung. Diese sieht vor, dass bei einem wechselnden Krankheits- oder Pflegeverlauf von pflegebedürftigen Kindern und Jugendlichen ein Wechsel zwischen der häuslichen Pflege und der außerhäuslichen Betreuung jederzeit möglich ist, ohne dass z.B. Eltern die Möglichkeit genommen wird, eine Freistellung für die Gesamtdauer von 24 Monaten für ihre Kinder in Anspruch zu nehmen.“

Foto: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Für Frieden und Freiheit müssen wir alle noch enger zusammenrücken CDU/CSU-Fraktion startet Dialogreihe mit Kirchen und Religionsgemeinschaften



Erstmals hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion am 26. November 2014 Vertreter der christlichen Kirchen und der großen Religionsgemeinschaften in Deutschland zum politischen Dialog an einen Tisch geholt. Anwesend waren Vertreter der evangelischen und katholischen Kirche, des Zentralrats der Juden, und auch Vertreter der altorientalischen Kirche kamen nach Berlin. Weiterhin saßen am Gesprächstisch Vertreter der Ahmaddiyya, der alevitischen Gemeinde Deutschlands, des Zentralrats der Muslime, des Verbands der Islamischen Kulturzentren und ebenso ein Vertreter der Islamischen Gemeinschaft der schiitischen Gemeinden.

Ziel des Gesprächsaustausches war, dass die Vertreter der Religionsgemeinschaften von ihren Erfahrungen mit Übergriffen auf religiöse Bauten und Einrichtungen berichten, die sich in den vergangenen Monaten vermehrt ereignet hatten. Experten aus dem Bundesinnenministerium berichteten, dass von Anfang 2012 bis März 2014 78 Übergriffe auf Moscheen registriert worden sind, dazu zählen Sachbeschädigungen oder auch Brandstiftungen. Im Jahr 2013 wurden 128 Anschläge auf Kirchen verzeichnet und im ersten Quartal 2014 bereits 35 Übergriffe. Zugenommen haben auch die Übergriffe auf Synagogen. Im Jahr 2013 wurden 36 Übergriffe registriert. Gerade die jüdischen Gemeinden leiden unter permanenten Drohungen und Gewalt.

Ebenso besorgniserregend ist die Zunahme von Gewalt gegen Moscheen. Gewalt gegen Gotteshäuser richtet sich gegen uns alle und gegen die Werte unserer Demokratie. Mit dieser Problematik eng verknüpft ist die nicht überall auf der Welt gewährleisteteste Wahrung des Menschenrechts auf Religionsfreiheit – dies betrifft momentan vor allem den Nahen Osten. Religionsfreiheit und der Kampf gegen Christenverfolgung ist für die Unionsfraktion ebenfalls ein zentrales Anliegen.

Einig waren sich die Teilnehmer zusammen mit dem kirchen- und religionspolitischen Sprecher der Fraktion, Franz Josef Jung, und der integrationspolitischen Sprecherin, Cemile Giousouf, dass gerade der islamistische Terrorismus und dessen Auswirkungen, die sich auch in vielfältiger Weise bei uns in Deutschland widerspiegeln, Anlass sind, politische Maßnahmen zu entwickeln und ein gemeinsames und dauerhaftes Band der Solidarität und des Vertrauens mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu knüpfen. Das Zusammenkommen und der Austausch zwischen den Religionsgemeinschaften ist ein wichtiges Signal, damit Vertrauen zu einander entsteht und Entfremdungen beseitigt werden. Deutlich wurde auch, dass die Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden und den Religionsgemeinschaften verbessert werden soll.

Foto: Susann Kobienia

Impressum:

Ausgabe Nr. 21/2014
04. November 2014

Landesgruppe NRW
der CDU/CSU-Fraktion
im

Deutschen Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030/ 227-58956
Fax: 030/ 227-76421

Email:
fabian.bleck@cducsu.de

Redaktion/ V.i.S.d.P.:
Karl-Heinz Aufmuth
Fabian Bleck